Radicalisation Awareness Network
RAN Practitioners

Webseite: ec.europa.eu/ran

twitter | facebook | linkedin | youtube

05/01/2021

ABSCHLUSSBERICHT

29.–30. September 2020

Online-Meeting

EinzeltäterInnen, die Polizei und P/CVE

Wichtige Ergebnisse

Dieser Beitrag richtet sich an Polizeikräfte und soll das Verständnis in Bezug auf EinzeltäterInnen verbessern sowie mögliche Wege aufzeigen, deren Hinwendung zu Gewalt zu verhindern. Er unterstreicht die Notwendigkeit einer geeigneten Analyse vergangener Terroranschläge durch EinzeltäterInnen sowie einer verbesserten Erkennung von Anzeichen für Leakage durch die Polizei. Dies kann durch die umfassende Schulung aller Beteiligten, die Stärkung des Vertrauens zwischen den Beteiligten sowie den Aufbau von Kooperationen und Netzwerken mit psychosozialen Fachkräften erreicht werden.

Zentrale Punkte der Diskussion

Analyse von EinzeltäterInnen: Trends und Profile

Es existieren verschiedene Definitionen des Phänomens: Man spricht von Lone Wolf (einsamer Wolf), Loner (Einzelgänger), Lone Wolf Pack (Rudel einsamer Wölfe), Lone Attacker (einzelner Angreifer), SolotäterInnen usw. Diese Bezeichnungen spiegeln die Unterschiede hinsichtlich des Grads der Verbindung, der Kontakte, der Zugehörigkeit zu Gruppen bei der Vorbereitung und Durchführung von Terroranschlägen wider.

Es ist schwierig, ein einziges Profil des/der EinzeltäterIn zu definieren, da die Motivationen zum Handeln sich stark unterscheiden können. Insgesamt kann man beobachten, dass Personen aufgrund einer Mischung aus persönlichen, politischen und/oder religiösen Ansichten zu EinzeltäterInnen werden; zudem fällt oft ein geringes Maß an Fachwissen und Planung bezüglich der Ausführung und der Wahl der Waffen auf. Dieses relativ geringe Maß an Organisation, d. h. die häufig zu beobachtende improvisierte Vorgehensweise, bietet Möglichkeiten für die Polizei, einzugreifen. Ein wiederkehrendes Element ist zudem die Tatsache, dass EinzeltäterInnen sich oft von VorgängerInnen inspirieren lassen; ihre Ziele können ebenso bekannte Personen (z. B. Politiker) wie Unbekannte sein.

Profil von EinzeltäterInnen – CLAT-Untersuchung

Das Projekt Countering Lone-Actor Terrorism (CLAT) untersuchte von 2000 bis 2014 persönliche Merkmale von EinzeltäterInnen. Hierzu wurden Daten aus 120 Fällen erhoben, die zu 75 % RechtsextremistInnen und DschihadistInnen betrafen. Die Untersuchung ergab eine Reihe von Schlüsselmerkmalen:

- **Das Durchschnittsalter von EinzeltäterInnen liegt bei 29,7 Jahren.** Es unterscheidet sich jedoch für jede Untergruppe. So beträgt das Durchschnittsalter bei rechtsextremen EinzeltäterInnen 32,3 Jahre, bei religiös motivierten ExtremistInnen hingegen 27,3 Jahre. Dies hat Auswirkungen auf Schutzpläne. Während des Treffens wurde diskutiert, dass man Radikalisierung oft mit „jungen Menschen" in Verbindung bringt. Die Untersuchungsergebnisse zeigen jedoch deutlich, dass es sich bei vielen von ihnen um Erwachsene handelt. Dabei ist anzumerken, dass die Prävention von gewaltbereitem Extremismus bei Erwachsenen eine noch größere Herausforderung darstellt.

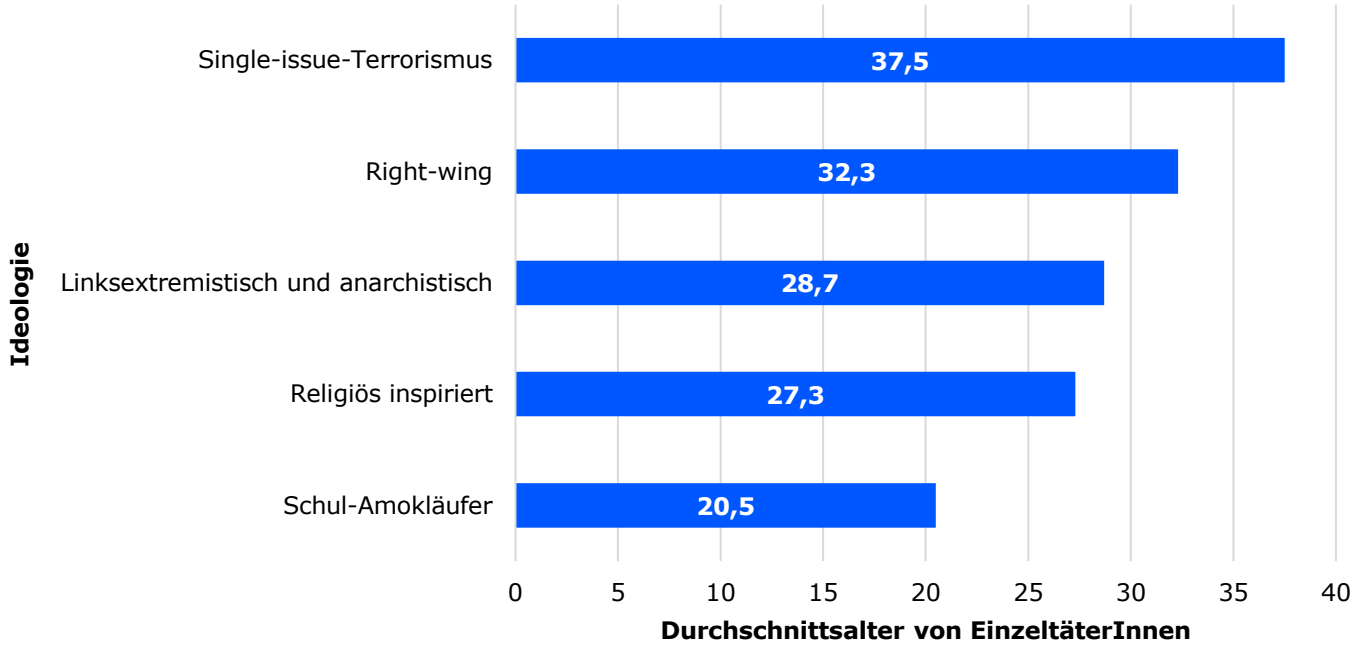
- **Unter jungen EinzeltäterInnen besteht ein hohes Maß an sozialer Isolation.** Sechsunddreißig Prozent der EinzeltäterInnen unter 25 Jahre waren einsam. Doch auch hier bestehen Unterschiede bei den verschiedenen Untergruppen. Bei religiös inspirierten EinzeltäterInnen spielte Einsamkeit eine größere Rolle als bei RechtsextremistInnen. Zudem fällt ein sehr hoher Prozentsatz von EinzeltäterInnen nicht in diese Kategorie.

- **Etwa ein Drittel der EinzeltäterInnen hatte psychische Probleme.** Dies steht in scharfem Kontrast zu der Vorstellung, dass „alle EinzeltäterInnen psychisch krank sind" – denn der Prozentsatz entspricht fast dem der übrigen erwachsenen EU-Bevölkerung, die von psychischen Problemen betroffen ist. Dennoch ist es schwierig, Vergleichsdaten zu erheben; zudem stellen psychische Gesundheitsprobleme ein größeres Problem dar, wenn sie mit sozialer Isolation verbunden sind.

In diesem Zusammenhang soll darauf hingewiesen werden, dass nur 6 % der EinzeltäterInnen mit psychischen Gesundheitsproblemen diagnostiziert wurden. Auch wenn diese Angabe auf Open-Source-Daten beruht, ist festzustellen, dass es sich um einen sehr niedrigen Prozentsatz handelt. Daher sollten wir sehr vorsichtig mit der Annahme sein, dass es stets einen Zusammenhang zwischen einer Störung und der Neigung zur

Gewaltanwendung gibt. Manchmal kann ein solcher Zusammenhang bestehen, in anderen Fällen ist die Störung jedoch in keiner Weise mit der Gewalttat verbunden.

Es sollte berücksichtigt werden, dass diese Ergebnisse aus Untersuchungen mit bis 2017 erhobenen Daten stammen, der „Einzeltäter-Terrorismus" jedoch seitdem deutlich zugenommen hat.



Quelle: *CLAT-Präsentation J. De Roy van Zuijdewijn, RAN-POL-Treffen am 29. und 30. September 2021*

Während des Treffens wurde diskutiert, dass an vorderster Front tätige PraktikerInnen eine einfache, konkrete, klare und gemeinsame Definition befürworten und benötigen. Es nützt der Polizei nichts, mehrere Definitionen zur Verfügung zu haben – sie braucht vielmehr umfassenderes *Wissen* über EinzeltäterInnen, um in ihrer täglichen Arbeit besser für die Prävention des Phänomens und die damit zusammenhängende Berichterstattung gerüstet zu sein.

Nachbesprechungen nach einem Anschlag sind ein hervorragendes Instrument, um Erkenntnisse über EinzeltäterInnen zu gewinnen, da sie eine tiefere Analyse nicht nur der Vorgehensweise, sondern auch des Weges zur Radikalisierung ermöglichen (ein Aspekt, der oft nicht ausreichend untersucht wird). Eine solche Analyse kann helfen, die Frage zu beantworten, „warum" sich eine Person radikalisiert hat und „was" (welche Ursachen und Risikofaktoren) zu einer Situation geführt hat, die die Radikalisierung und Verübung einer Gewalttat begünstigt.

Nur eine **vollständige Diagnose dessen, „was" „wie" und „warum" passiert ist**, ermöglicht die Formulierung von Zielen für präventive Maßnahmen. Eine sorgfältige Analyse kann außerdem aufzeigen, welche Möglichkeiten zum Eingreifen die Polizei hat – und in welchen Phasen. Dies wiederum erleichtert die interdisziplinäre Arbeit und definiert klar den Beitrag, den einzelne PraktikerInnen – einschließlich der Polizei – zur Bewältigung eines bestimmten Falles leisten müssen.

Ein Schlüsselelement wurde während des Treffens hervorgehoben: Bei der Betrachtung verschiedener Fälle von EinzeltäterInnen zeigt sich, dass es **fast immer Anzeichen für Leakage** gibt. Fast immer hat irgendjemand nützliche Informationen über eine(n) potenzielle(n) EinzeltäterIn. Im Fall der Schießerei im Walmart in El Paso (USA) stellte sich zum Beispiel heraus, dass die Mutter des Angreifers besorgt war und sich bei der Polizei gemeldet hatte, da ihr Sohn ein Sturmgewehr besaß. Zudem hatte der Schütze vor seinem Angriff ein Online-Manifest auf 8Chan veröffentlicht[1] . Im Fall Hanau (DE) schrieb der Terrorist Drohtexte an Wände[2] in seinem Viertel, veröffentlichte ebenfalls ein Online-Manifest und stand sogar in Kontakt mit den Behörden – die er über „eine große Geheimdienstorganisation, die Gedanken von Menschen manipuliere und sich in sein Gehirn eingeklinkt habe" informiert hatte[3].

Die wichtigsten Herausforderungen

Während des Treffens wurden verschiedene Herausforderungen im Zusammenhang mit dem „Einzeltäter-Terrorismus" diskutiert. Viele davon betreffen die Erhebung und den Austausch von Informationen; zu den wichtigsten gehören folgende:

- Angesichts der **Flut an Informationen** stellt sich die Frage, wie sich – vor allem in einem frühen Stadium – erkennen lässt, welche davon relevant oder besorgniserregend sind. Die Überwachung von Online-Vorgängen ist von entscheidender Bedeutung, gleichzeitig aber auch eine Herausforderung, da es sich um riesige Mengen an Informationen handelt und das Internet sich unglaublich schnell weiterentwickelt. Dies betrifft nicht nur die weniger zugänglichen Orte im Internet (wie das Darknet), sondern auch offenere Kanäle wie Facebook und andere soziale Medien.

- Zudem ist es schwierig, **sicherzustellen, dass Informationen zwischen den verschiedenen Plattformen zirkulieren** – also zum Beispiel „Punkte" von der lokalen Ebene mit den „Punkten" von höheren Ebenen (z. B. der nationalen Sicherheitsbehörde) verbunden werden.

- Der Informationsaustausch ist problematisch, da es sich oft um (geschützte) **sensible Daten** handelt.

- Instrumente zur Einschätzung von **Personen mit hohem Risiko** sind ressourcenintensiv und können nicht zur Einschätzung der viel größeren Gruppe der **Personen mit geringem Risiko** eingesetzt werden.

- Eine Person als gefährdet einzuschätzen ist die eine Sache, jedoch ist die **Organisation von Folgeinterventionen** nicht einfach und setzt die Polizei unter Druck, Interventionspartner zu mobilisieren.

- Informationen über besorgniserregende Signale zu potenziellen EinzeltäterInnen sollten auch (und in einigen Fällen hauptsächlich) von Parteien außerhalb der Polizei kommen, wie zum Beispiel von FreundInnen und der Familie, Personen im Umfeld, KollegInnen, Gemeinschaften, dem Schützenverein, in dem die Person eventuell Mitglied ist, Organisationen der Zivilgesellschaft und so weiter. **Der Aufbau von Vertrauen zu diesen Partnern ist wichtig, erfordert aber Zeit und Mühe und kann nicht erzwungen werden**. Darüber hinaus muss **gewährleistet sein, dass all diese potenziellen „Sensoren" in der Lage sind, mögliche Anzeichen für ein Risiko/eine Radikalisierung zu erkennen**. Hierbei kann die Polizei eine wichtige Rolle spielen; zudem kann sie dafür Sorge tragen, dass die jeweiligen Personen wissen, wohin sie sich wenden können, wenn sie Besorgnis melden wollen.

[1] Siehe: CNN, 2019: El Paso suspect's mother called police concerned about gun
[2] Siehe: BBC, 2020: Hanau: Germany boosts security amid far-right threat
[3] Siehe: The Insider, 2020: The mass shooter who killed 9 in Germany published a racist manifesto where he identified as an incel and accused Trump of stealing his populist slogans

- Die Bewusstseinsbildung und Einführung eines gemeinsamen Bewertungsinstruments über verschiedene Sektoren hinweg stellen eine Möglichkeit dar, dies zu erreichen; die belgische Polizei nutzt hierfür „Kompas". Wie das kanadische „Verhaltensbarometer"[4] ist auch Kompas ein Instrument für die strukturierte professionelle Beurteilung zwischen Fachleuten.

Empfehlungen

Aus dem Treffen ist klar hervorgegangen, dass EinzeltäterInnen nicht so „mysteriös" oder „isoliert" sind, wie oft angenommen wird. Es gibt immer jemanden in der Umgebung der Person, der etwas gesehen/gehört/bemerkt hat und wichtige Informationen über eine(n) potenzielle(n) EinzeltäterIn geben könnte. Ob dies nun ein(e) KollegIn, ein Familienmitglied, ein(e) FreundIn, jemand im örtlichen Schützenverein oder sogar ein(e) Gleichgesinnte(r) innerhalb der rechten Gruppe ist, die/der besorgniserregende Signale bemerkt – diese Person muss genau wissen, an wen sie sich auf welche Weise wenden kann, und die Polizei muss einen Weg finden, diese Person zu erreichen. Hierzu wurden während des Treffens die folgenden Empfehlungen diskutiert.

- Im Hinblick auf den Informationsaustausch wird empfohlen, die Rolle der GemeindepolizistInnen zu stärken, um Risikofaktoren und Symptome eines Radikalisierungsprozesses frühzeitig zu erkennen (Graffiti, Jugendbanden, häusliche Gewalt, Jugendkriminalität, aber auch soziale Faktoren wie Armut, Schulprobleme und Arbeitslosigkeit). Diese PolizeibeamtInnen können als Bindeglied zwischen den lokalen Gemeinschaften und den mit operativen Tätigkeiten und Ermittlungen befassten PolizeibeamtInnen fungieren.

- Sensibilisierung durch Schulungen über Radikalisierung in den Gemeinschaften selbst, damit dort bekannt ist, wie Anzeichen von Radikalisierung erkannt und aufgedeckt werden können.

- Dementsprechend sollte sichergestellt werden, dass besorgte Fachkräfte und Personen im weiteren Umfeld der Person wissen, wohin sie sich im Falle von Bedenken wenden können. Die Meldung von Bedenken und Fällen an die lokalen Behörden sollte problemlos möglich und klar strukturiert sein (z. B. Einrichtung von Hotlines und speziell der Meldung gewidmeten Orten, Ernennung von Verbindungspersonen zwischen der Polizei und den lokalen Gemeinschaften, Familienassistenten, anonyme Helplines usw.). Es kann hilfreich sein, von anderen sensiblen Bereichen zu lernen, in denen Erfahrung mit der Erkennung von Signalen besteht: z.B. häusliche Gewalt, Kindesmissbrauch usw.

Bezüglich der Profile von EinzeltäterInnen:

- **Es besteht ein klarer Bedarf an weiteren Erhebungen zu EinzeltäterInnen**, ähnlich der CLAT-Untersuchung aus dem Jahr 2014. Es sollten Synergien zwischen Strafverfolgungsbehörden und WissenschaftlerInnen geschaffen werden, um eine detailliertere Analyse auf der Grundlage von Variablen aus realen Fällen zu ermöglichen und zu vermeiden, dass ausschließlich Informationen aus offenen Quellen genutzt werden können. Europol kann hier eine Rolle spielen, indem Informationen zu Vorfällen auf strukturierte, einheitliche Weise gesammelt und analysiert werden. Diese Untersuchungen sollten sich um ein tieferes Verständnis der Motivationen und Auslösefaktoren bemühen, die Personen zum Handeln mobilisieren; so könnten nützliche Erkenntnisse gewonnen werden, um dem Phänomen besser vorzubeugen.

- **Nutzen Sie bestehende und künftige Analysen von Profilen von EinzeltäterInnen, um Strategien bezüglich des Einzeltäter-Terrorismus festzulegen**. Daten über Unterschiede zwischen Untergruppen und Benchmarking helfen bei der Festlegung von Strategien.

[4] Siehe: Behaviour barometer: How to recognize radicalization behaviours leading to violence.

- Lernen Sie aus der **Nachbesprechung** von Einzeltäterfällen. Hierfür sind Synergien zwischen Polizei, WissenschaftlerInnen und anderen Stakeholdern erforderlich. Die Analyse von Fällen hilft auch dabei, die zugrundeliegenden Ursachen zu ergründen – insbesondere bezüglich der Frage, warum ein(e) EinzeltäterIn sich der Gewalt zugewandt hat. Manchmal ist das Risiko der Gewalttätigkeit in einer traumatischen Lebenserfahrung begründet. Diese Erfahrung rechtzeitig zu erkennen, kann helfen, präventive Maßnahmen in die richtige Richtung zu lenken. Diese Maßnahmen liegen oft nicht im Bereich der Polizei und erfordern das Eingreifen von Partnern, zum Beispiel aus dem Bereich der psychischen Gesundheit oder Bildung bzw. von SozialarbeiterInnen.

Ein vielversprechender Ansatz ist das Projekt „Monitoringsystem und Transferplattform Radikalisierung" (MOTRA) (DE)[5]. Es handelt sich um ein Forschungsnetzwerk, das sich dem Austausch vorhandener und sich neu ergebender Erkenntnisse zu Radikalisierungsprozessen widmet. Die Austauschplattformen vereinen Expertise aus Forschung, Politik und Praxis. In diesem Sinne schafft das Projekt die Voraussetzungen, um Erkenntnisse über das Einzeltäter-Phänomen aus der Perspektive von PraktikerInnen und über Vorfälle sowie die Forschung und Analyse von Bewegungen und Gruppen in der Gesellschaft zu optimieren. Das Projekt ist ein interessanter Versuch, der eine evidenzbasierte Gestaltung von Politik und Forschung anstrebt. Es wird von der Forschungsstelle Terrorismus/Extremismus des Bundeskriminalamtes (Wiesbaden) in Zusammenarbeit mit renommierten Universitäten und nationalen wissenschaftlichen Forschungsinstituten koordiniert.

Im Hinblick auf die psychische Gesundheit und die behördenübergreifende Zusammenarbeit mit Einrichtungen für psychische Gesundheit wird empfohlen, **von der Krankheit und der Behandlung der PatientInnen auszugehen – und nicht von der Vorstellung, dass psychische Probleme ein Indikator für Gewalt durch EinzeltäterInnen sein könnten**. Es geht darum, Puzzleteile zusammenzusetzen anstatt einzelne Variablen oder Merkmale zu betrachten, wie zum Beispiel den legalen Waffenbesitz oder psychische Gesundheitsprobleme. Am besten geeignet scheint, nach Kombinationen von Verhalten, persönlichen Merkmalen und Kontextfaktoren Ausschau zu halten. Ein Beispiel ist die „toxische Kombination" von Mobbing sowie der Tatsache, als junger Mann psychische Probleme sowie die Möglichkeit zu haben, als Mitglied eines Schützenvereins Waffen zu erwerben. Derartige besorgniserregende Konstellationen müssen auf jeden Fall im Blick behalten werden[6].

Daher ist es von zentraler Bedeutung, eine „Kultur der psychischen Gesundheit" zu etablieren, indem Tabus überwunden und dem psychischen Wohl entgegenstehende Barrieren abgebaut werden – damit es für die Menschen einfacher wird, sich an psychosoziale Dienste zu wenden. **Darüber hinaus ist es notwendig, das polizeiliche Engagement für behördenübergreifende Kooperationsnetzwerke zu stärken, die psychosoziale Dienste einschließen.** Das Counter Terrorism Vulnerability Support Hub im Vereinigten Königreich (GB) zeigt, wie die behördenübergreifende Zusammenarbeit in diesem Bereich funktionieren kann.

Das **Counter Terrorism Vulnerability Support Hub (GB)** startete vor 5 Jahren als Pilotprojekt der Metropolitan Police. Es verfolgt einen kontinuierlichen Prozess der Entwicklung und Einbettung. Ein Schlüsselelement des Ansatzes ist, die psychosozialen Dienste mit ins Boot zu holen und Prozesse gemeinsam mit der Polizei zu entwickeln. Psychosoziale Fachkräfte sind dabei nicht *Teil* der Polizei, arbeiten aber eng mit ihr zusammen und sind am selben Ort untergebracht. Diese gemeinsame Unterbringung ist für den Aufbau von Vertrauen entscheidend. Ein weiteres wichtiges Element ist die Einstellung von erfahrenem und umfassend

[5] Weitere Informationen zu MOTRA (auf Deutsch) sind hier verfügbar.

([6]) de Roy van Zuijdewijn & Bakker, Lone-Actor Terrorism Policy Paper 1: Analysing personal characteristics of lone-actor terrorists.

ausgebildetem Gesundheitspersonal. Der Ansatz basiert auf einer Schutzperspektive: Polizei und psychosoziale Fachkräfte versuchen, gefährdete Personen zu unterstützen, indem sie ihnen die geeignete psychosoziale Behandlung zukommen lassen.

Durch die Zusammenarbeit in einer „Blase der Vertraulichkeit" werden die Bemühungen um Informationsaustausch erleichtert. Vertraulichkeit ist nach wie vor ein Kernbestandteil der Arbeit, aber durch die Zusammenarbeit kann einfacher unterschieden werden, welche Informationen es wert sind, weitergegeben zu werden. In dem geschilderten Fall einer Person mit Schizophrenie wiesen die Informationen der psychosozialen Fachkräfte auf keinerlei Gefahr hin, während die der Polizei zur Verfügung stehenden Informationen dies eindeutig taten. Da die psychosozialen Fachkräfte entsprechend informiert werden konnten, erhielt die Person die geeignete Behandlung. Ohne die Informationen der Polizei wäre dies nicht möglich gewesen.

In Finnland wurde **UHKAT** („Bedrohungen") entwickelt. Dabei handelt es sich um ein Grundmodell für Polizeieinheiten und PolizistInnen zur Identifizierung gewaltbereiter Personen. Ausgangspunkt waren zwei Schießereien an Schulen in den Jahren 2007 und 2008 sowie spätere Vorfälle gezielter Gewalt. In Finnland spricht man von „Personen, die aufgrund möglicherweise drohenden gewaltbereiten Verhaltens Anlass zu Besorgnis geben". Es wurde ein nationales Zentrum zur Bewertung von Bedrohungen gegründet, und es gibt Protokolle und Instrumente, die hierbei zum Einsatz kommen. Die verwendeten Instrumente werden fallspezifisch ausgewählt (TRAP-18, VERA-2, PCL-R). Bei der Zusammenarbeit zwischen Polizei und psychosozialen Fachkräften geht es darum, die psychosozialen Fachkräfte über das potenzielle Gewaltrisiko aufzuklären und gleichzeitig der Polizei Wissen über psychische Gesundheitsprobleme zu vermitteln.

In den Niederlanden beschloss die Regierung nach den Anschlägen von Breivik in Norwegen im Jahr 2011 und zwei separaten tödlichen Angriffen durch andere gestörte Personen[7], eine Schulung zu potenziell gewaltbereiten EinzeltäterInnen zu entwickeln. Der Fokus lag dabei nicht nur auf ideologisch motivierten Personen, sondern auch auf Personen, die aus einer Unzufriedenheit heraus handeln oder psychisch instabil sind. Landesweit nahmen verschiedene an vorderster Front tätige PraktikerInnen an der Schulung teil; diese wurde anschließend für die Vorstände von Schützenvereinen weiterentwickelt. Ziel war es, das Bewusstsein zu schärfen und Vorstandsmitglieder von Schützenvereinen dazu zu bringen, sich an die Polizei zu wenden, wenn sie Zweifel und Bedenken bezüglich eines Mitglieds haben. Dies könnte dazu beitragen, die Wahrscheinlichkeit einer frühzeitigen Erkennung gefährlicher Personen und potenzieller EinzeltäterInnen im Besitz von Schusswaffen zu erhöhen.

Allgemeiner ging aus den Diskussionen hervor, dass verbesserte Kontrollen geeignet sein könnten, den mit dem Waffenbesitz verbundenen Risiken zu begegnen.

Folgemaßnahmen

Aus dem Treffen ging klar hervor, dass auch unter Polizeikräften ein Bedarf an Schulungs- und Sensibilisierungsprogrammen zu EinzeltäterInnen besteht. Ein erster hilfreicher Schritt könnte sein, einen Überblick dazu zu erstellen, worüber die EU-Mitgliedstaaten bereits verfügen.

[7] Ein 24-jähriger Mann tötete sechs Menschen in einem Einkaufszentrum in Alphen aan de Rijn und beging Selbstmord, siehe auch hier.
Siehe auch den Versuch, eine Kutsche der niederländischen Königin zu rammen, wobei der Täter sechs Personen überfuhr und tötete, siehe auch hier.

In Zukunft könnte es sinnvoll sein, ein RAN-Treffen zu organisieren, um reale Fälle und Fallstudien von EinzeltäterInnen genauer zu besprechen und inspirierende Erkenntnisse und Praktiken abzuleiten.

Es wurde die Idee geäußert, ein RAN-POL-Treffen über Sensibilisierungsprogramme, Schulungen und Instrumente zur Risikobewertung zu organisieren, die von der Polizei genutzt werden können, um das Bewusstsein in lokalen Netzwerken zu stärken und den Aufbau von Kapazitäten zu fördern. Es wurden interessante Beispiele aus Belgien, den Niederlanden, Finnland und Spanien angeführt.

Basierend auch auf den Erfahrungen, die in einigen EU-Mitgliedstaaten gewonnen wurden, könnte RAN helfen, gemeinsame Indikatoren zur Beschreibung von EinzeltäterInnen in den Informationssystemen und Nachbesprechungen zu erstellen und ein gemeinsames Verständnis des Phänomens zu erlangen.

Weiterführende Literatur

Ellis, C., & Pantucci, R. (2016). *Lone-actor terrorism. Policy paper 4: 'Leakage' and interaction with authorities*. Royal United Services Institute. https://www.chathamhouse.org/sites/default/files/publications/research/2016-02-29-lone-actor-terrorism-leakage-interaction-authorities.pdf

Ellis, C., Pantucci, R., De Roy van Zuijdewijn, J., Bakker, E., Gomis, B., Palombi, S., & Smith, M. (2016). *Lone-actor terrorism. Analysis paper*. Royal United Services Institute. https://www.chathamhouse.org/sites/default/files/publications/research/2016-02-29-lone-actor-terrorism-analysis-paper-rusi.pdf

De Roy van Zuijdewijn, J., & Bakker, E. (2016). *Lone-actor terrorism. Policy paper 1: Analysing personal characteristics of lone-actor terrorists*. International Centre for Counter-Terrorism – The Hague. https://www.chathamhouse.org/sites/default/files/publications/research/2016-02-29-lone-actor-terrorism-policy-paper-personal-characteristics-final.pdf

Liem, M ., van Buuren, J ., & Schönberger, H. (2018). *Cut from the same cloth? European lone actor terrorists versus 'common' homicide offenders*. International Centre for Counter-Terrorism – The Hague. https://icct.nl/wp-content/uploads/2018/04/ICCT-Liem-et-al-Cut-from-the-Same-Cloth-April2018.pdf

„Preventing, Interdicting and Mitigating Extremism" (PRIME) ist ein von der EU gefördertes Projekt mit Daten zu Ereignissen von Einzeltäter-Extremismus. https://www.ucl.ac.uk/jill-dando-institute/research/research-groups/terrorism-and-organised-crime/preventing-interdicting-and-mitigating